Lord David Owen zählt zu den profiliertesten Befürwortern des SDP (Social Democratic Party) ist das Brexit-Votum Ausdruck des Austritts Großbritanniens aus der EU. Für den früheren britischen Außenministerr, Ex-Labour-Abgeordneten und Mitbegründer der

Wunsches vieler Briten, die nationale Souveränität wieder zu erlangen. Den Frieden in Europa habe die Nato gesichert, nicht die EU.



# "Der Euro ist ein Desaster"

BZ-INTERVIEW mit Lord David Owen / Der frühere britische Außenminister ist ein prominenter Brexit-Befürworter / Von Bernd Kramer

rüher hat David Owen leidenschaftlich für die Mitglied-schaft Großbritanniens in der EU gekämpft. Heute ist er von der EU enttäuscht und sieht in einem Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft den besseren Weg für seine Heimat, Über seinen Sinnes Gründe für das Pro-Brexit-Votum und die Zukunft der EU sprach Bernd Kramer mit dem Mitglied des britischen Oberhauses.

BZ: Lord Owen, Sie haben zuletzt für einen Austritt Großbritanniens aus der EU plädiert. Davor haben Sie jedoch lange für eine Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU geworben. Was hat zu Ihrem Meinungsumschwung geführt?

Owen: Ich habe meine Meinung nicht geändert. Mein früheres Engagement für die EU gründete in der Überzeugung, dass es vorteilhaft sein kann, wenn mehrere Länder staatliche Souveränitätsrechte in bestimmten Bereichen teilen. Als sich ein Großteil der europäischen Länder aber Grönkeil der europäischen Lainder aber entschied, eine europäische Gemein-schaftswährung zu gründen, war ich strikt dagegen. Für mich war das ein kla-ere Schritt in Richtung europäischer Bun-desstaat mit einer zentralen Regierung, den ich so nicht will. Wie die Deutsche Bundesbank damals auch hielt ich das Konzept des Euro von Anfang an für mangelhaft. Ich hätte mich gerne eines Besseren belehren lassen, aber die gegenwärti ge Situation zeigt, dass der Euro ein Desaster ist.

Owen: Er macht die EU handlungsunfähig, verschärft die Armut in den schwächeren Staaten und er wird in Tränen enden, wenn sich nichts ändert. Ich habe ein Haus in Griechenland. Ich habe meine Bekannten dort stets aufgefordert, den Euro abzulehnen, weil er Griechenland die Möglichkeit nimmt abzuwerten. Eu-ropa hätte sich mit der Währungsunion mehr Zeit lassen sollen. Es wäre sinnvoller gewesen, wenn sich zuerst Staaten mit fast gleichen wirtschaftlich Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Benelux-Staaten zusammengeschlossen hätten Selbst das hätte noch Schwierigkeiten bereitet. Eine Währungsunion funktioniert auf Dauer nicht ohne Fiskal- und Bankenunion. Jetzt kann man sagen: Ihr Briten, ihr seid überhaupt nicht in der Eurozone. Tatsache ist aber, dass die Entscheidungen in der Eurozone das Geschehen in Großbritannien wesentlich beeinflussen Das wird durch die EU-Mitgliedschaft noch verstärkt. Gleichzeitig dürfen wir BZ: Zurück zum Brexit: Sind Sie der Meinicht mitreden, wenn es um den Euro

BZ: Sie zeichnen ein extrem düsteres Bild der EU. Hat die EU nach Ihrer Ansicht iiberhaunt eine Chance wieder hand lungsunfähig zu werden und dem Unter gang zu entrinnen?

Owen: Die EU ist nicht zum Scheitern verurteilt, wenn sie jetzt Reformen einlei-tet. Entscheidend ist, dass sich eine neue Co-Eurozone bildet. Das erlauben nach meiner Ansicht die Lissabonner Verträge. Nun kann man nicht einfach einzelne Staaten aus der Währungsunion herausschmeißen. Aber man könnte ein neues Währungsgebiet schaffen, für das Regeln und Standards gelten, die von vorneher ein nicht alle Euro-Staaten erfüllen kön nen. Spanien könnte beispielsweise zu den Ländern zählen, die zu der Co-Eurozone gehören. Obwohl das Land mit extrem hohen Arbeitslosenraten konfron-tiert ist, wurden Reformen durchgesetzt und das Wachstum ist zurückgekehrt.

BZ: Welche Länder sollten noch Bestand-teil der Co-Eurozone sein? Owen: Es steht mir nicht zu, die Mitglie-

der zu benennen. Aber es liegt auf der Hand, dass die Bundesrepublik und die Niederlande dazugehören sollten. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble und sein holländischer Kollege Jeroen Dijsselbloem arbeiten ja in diese Richtung. Sie sind die beiden einzigen Erwachsenen in der Eurozone, weil sie er-kannt haben, dass es gewaltigen Veränderungsbedarf gibt. Ich schätze Wolfgang Schäuble sehr. Er ist ein Mann der klaren Worte. Hätte er bei den Weichenstellungen für den Euro mehr Einfluss gehabt, sähe die Situation möglicherweise heute anders aus. Helmut Kohl hat den Euro als politisches Projekt verstanden und mögli che wirtschaftliche Verwerfungen nicht ausreichend berücksichtigt.

BZ: Fine Co-Eurozone ohne Frankreich ist undenkbar. Die deutsch-französische Partnerschaft ist ein Grundpfeiler der EU. Owen: Viel hängt vom Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen kommenden Jahr ab. Wird ein Kandidat gewählt, der breites Vertrauen Deutschland erwerben kann oder schon genießt, könnte auch Frankreich dazusto-ßen. Entscheidend für solch ein Vertrauen wäre ja, dass Frankreich sich glaub-würdig an die neuen, schärferen Regeln der Co-Eurozone hält. Alain Juppé wäre dafür geeignet.

nung, dass zu viele Menschen aus östlichen EU-Staaten in Großbritannien le ben? Das Brexit-Votum ist doch darauf zu-rückzuführen, dass Brexit-Befürworter

weniger Einwanderung wollen.

Owen: Täuschen Sie sich da nicht. Am
Abstimmungstag war ich in Plymouth, meiner Geburtsstadt. Ich saß im Café und sprach mit den Leuten. Auf meine Frage, wie sie sich entschieden hätten, antworteten sie einfach und sehr bestim 'Raus!' Dabei ging es nicht es in erster Linie um die Eir anderung. Die Einwande rung aus der EU war nur ein Randaspekt,



David Ow

da ja auch viele Menschen aus den Commonwealth-Staaten nach Großbritannien wollen. Vielmehr war dieses 'Raus' ein Ausdruck für den tief verankerten Wunsch, die Kontrolle über das eigene Land und die eigene Gesetzgebung wieder zu erlangen. Wir haben eine lange Tradition, dass wir über unsere Gesetze im Parlament entscheiden. Dieses starke Begehren nach nationaler Souveränität hat auch immer das Verhältnis zur EU geprägt, das ja auch in der Vergangenheit alles andere als spannungsfrei war. Schon der frühere britische Labour-Führer Hugh Gaitskell hat 1962 gesagt: Seid vorsichtig, was ein vereinigtes Europa anbelangt Wollt ihr wirklich eine Art Kalifornien oder Texas unter dem Dach eines europä schen Bundesstaates werden? Der Nationalstaat ist kein Auslaufmodell

Held hat gesagt: Das Pro-Brexit-Votum war nur möglich, weil sich viele Rentner für einen Austritt ausgesprochen hätten. Diese hätten nichts zu tun, seien deshalb unzufrieden und hassten Veränderungen. Stimmen Sie ihm zu?

Owen: In der Tat waren jüngere Briten eher bereit, in der EU zu verbleiben als äl-tere. Das gilt auch für meine eigene Familie. Es stimmt auch, dass ältere Menschen in der Regel Veränderungen skeptischer gegenüberstehen. Das hat aber gute Gründe: Ältere Menschen haben viel erlebt. Sie haben Erfahrungen darüber, was funktioniert und was nicht.

BZ: Sie sagen, der Brexit hilft Großbritannien und der EU. Andere sagen: Der Bre xit stärkt populistische Parteien, die mit der EU nichts am Hut haben, und er gefährdet so die EU als Ganzes. Sie tragen dazu bei, einen ziemlich erfolgreichen Club zu zerstören, der Europa, Freiheit,

Frieden und Demokratie gebracht hat.

Owen: Den Frieden in Europa hat nicht die EU gesichert, sondern die Nato. Das Verteidigungsbijndnis und die starke Präsenz der Amerikaner in Europa haben da-zu geführt, dass wir den Kalten Krieg heil zu geiunt, dass wir den katten Krieg niel überstanden haben. Die EU hat die deutsch-französische Freundschaft ge-bracht, was immens wichtig ist und war. Insgesamt hat die EU hat eine gemischte Bilanz, wobel die Vortelle die Nachteile leicht überwiegen. Die Ernüchterung über die EU ist vor allem in der jüngsten Vergangenheit entstanden, weil sich die Eurozone als untauglich erwiesen hat, um mit den Folgen der Finanzkrise 2007/2008 fertigzuwerden. Genau dies hat den Aufstieg von Parteien wie dem Front National oder der AfD beflügelt. Ich habe nichts mit diesen Partien gemein. Doch man muss sich fragen: Ist Populis-mus wirklich so ein schmutziges Wort? Wir leben in Demokratien. Das bedeutet, dass Politiker den Menschen zuhören und ihre Sorgen Ernst nehmen sollten.

Die Unzufriedenheit mit der Politik rührt auch daher, dass Politiker dies oft nicht tun. Wir sollten uns vor der Anmaßung hüten, die Menschen ändern zu wollen.

BZ: Das Brexit-Votum sorgt für wirtschaft-liche Unsicherheit. Es ist keineswegs si-cher, das Großbritannien uneingeschränkten Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten wird. Das wird die wirtschaftli-che Dynamik in Großbritannien bremsen. Owen: Ich bin mir sicher, dass die EU auf der Personenfreizügigkeit als Bedingung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt beharren wird. Dazu wird Großbritannien nicht bereit sein. Das wird die ökonomische Entwicklung hemmen. Wir werden weiter wachsen, aber nicht so schnell. Die Briten sind aber bereit, diesen Preis zu zahlen. Auch die EU hat viel zu verlieren. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Verhandlungen über den Brexit so ge-führt werden, dass am Ende ein Ergebnis herauskommt, dass im beiderseitigen Interesse ist. Eine Basis sind die Regeln der Welthandelsorganisation WTO.

# BZ: Ist der Brexit unumkehrbar? Owen: Wir sollten uns an das Ergebnis

des Referendums halten, ansonsten würde die Politik weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Das Ergebnis des Referendums 1975 wurde auch nicht in Frage gestellt. Damals sprach sich eine Mehrheit der Bri-ten gegen einen Austritt aus. Ich bin kein Freund von Volksabstimmungen. Aber sie sind ein Ausweg, wenn das Parlament nicht in der Lage ist, eine klare Entscheidung zu treffen. Das war 1975 und nun beim Brexit-Votum der Fall. 1975 war die herrschende Labour-Partei uneins in der Europa-Frage, beim Brexit waren es die regierenden Konservativen.

### ZUR PERSON

## LORD DAVID OWEN

Der Politiker wurde 1938 als Sohn walisischer Eltern in Plymouth geboren. Der Neurologe studierte in Cambridge Medizin. 1960 trat er in die Labour-Party ein, 1966 wurde er Abgeordneter. Seiner ersten Regierungsposten erhielt er 1968 Er kümmerte sich als Staatssekretär um Marineangelegenheiten. 1974 bekam er das Amt eines Staatsministers für Gesundheit, 1977 ernannte ihn der damalige Premierminister James Callahan zum Außenminister. Wegen des Links-kurses der Labour-Party gründete Owen 1981 zusammen mit drei weiteren Labour-Politikern die Social Democration Party (SDP), die wenig später eine Allianz mit den britischen Liberalen bildete. 1989 fusionierten beide Parteien - was Owen jedoch ablehnte, 1992 wurde der Politiker Mitglied des britischen Ober-hauses. Die britische Premierministerin Margret Thatcher sagte einst über ihn. er sei eigentlich ein Konservativer. Owen selbst bezeichnet sich heute als Linker, den die zunehmende soziale Ungleichheit wütend mache. Das Interview fand im Rahmen der Wirtschaftskonferenz "Welche Zukunft hat Europa?" der Progress-Foundation in Zürich statt.